



So sollte der Schulhaus-Komplex mit Doppeltturnhalle einst aussehen.

Visualisierung: zvg

Kann Füllinsdorf diesen Neubau stemmen?

Die Referendumsabstimmung über die neue Schulanlage Schönthal vom 7. März wird von Nebengeräuschen begleitet.

Simon Tschopp

Beim Neubau der Schulanlage Schönthal in Füllinsdorf geht es nicht nur um den Kredit von 21,5 Millionen Franken (siehe Box), sondern auch um ein Geplänkel zwischen dem Referendumskomitee und dem Gemeinderat. Dieser hat bereits letztes Jahr Insetrate des Komitees fürs Amtsblatt, dem offiziellen Publikationsorgan der Gemeinde, abgelehnt. Eine Beschwerde dagegen wurde vom Regierungsrat abgewiesen.

Hängige Stimmrechtsbeschwerde

Nun ist eine Stimmrechtsbeschwerde eines Mitglieds des Referendumskomitees hängig, dem die Füllinsdörfer Exekutive ebenfalls Insetrate verweigert hat. Dazu sagt Gemeindepräsidentin Catherine Müller: «Es ist ein laufendes Verfahren, deshalb kann ich keine Stellung nehmen.» Sie behandelten alle gleich. Die Informationen zur Abstimmung sollen objektiv und nachvollziehbar sein.

Dennoch durfte das Pro-Komitee, das sich für den Kredit ausspricht, im neusten Amtsblatt einen Faktencheck publizieren, in welchem es zwei Aussagen des gegnerischen Komitees als «falsch» bezeichnet. Diese Beurteilungen seien «nicht fantasiert» und in einem «gewissen

Rahmen», rechtfertigt Müller die Veröffentlichung.

Dies ärgert Christoph Keigel, der das Referendumskomitee präsidiert: «Es kann doch nicht sein, dass das Pro-Komitee im Amtsblatt Falsches behaupten darf und dies ohne Korrektur vom Gemeinderat durchgewunken wird, während man unsere Insetrate konsequent zensiert.» Die Angaben zum Schulraumbedarf stimmten ebenso wenig wie die Beteuerungen, es gebe keine Steuererhöhung. «Die Folgekosten

sind mindestens fünf Steuerprozent – auf 30 Jahre hinaus.» Die Kosten ab 2026 würden verschwiegen, der Finanzplan bis 2025 sei da gar noch nicht von Bedeutung, so der Präsident des Referendumskomitees.

Komitees kritisieren sich gegenseitig

Keigels Kritik kann Christoph Küntzel vom Pro-Komitee nicht verstehen. «In der Planung wurde das Raumprogramm mit Vertreterinnen und Vertretern der Schule erarbeitet. Es deckt da-

her deren Bedürfnisse vollumfänglich ab.» Hinsichtlich der Investitionskosten habe der Gemeinderat mehrfach dargelegt, dass das Vorhaben keine Erhöhung der Steuerbelastung nach sich ziehe.

Das Referendumskomitee, das seinerseits mit einem Faktencheck mehreren Behauptungen des gegnerischen Komitees widerspricht, zählt drei Punkte für sein Nein auf: Trotz 21,5 Millionen erhält die Schule keinen Mehrraum; der Schulstandort im Dorf darf nicht ohne demo-

kratischen Entscheid gestrichen werden; Füllinsdorf braucht keine Mehrzweckhalle mit 600 Plätzen.

Dem setzt das Pro-Komitee ebenfalls drei Gründe entgegen: Die Schule muss mit zeitgemässer Infrastruktur neu ausgerichtet werden; mit der Konzentration auf einen Schulstandort und dem Wegfall des alten Schulhauses wird mitten im Dorf Platz frei für eine andere Nutzung; eine Zwei-Standort-Lösung mit Bedarf an Altbau-sanierungen kommt mittel- bis langfristig teuer.

Christoph Keigel findet die Kampagne der Befürworter «gefährlich», weil sie eine «Schule mit Zukunft» verspreche, die Schule aber nicht mehr bekomme. «Das ist verfänglich, das Projekt so ist eine Mogelpackung», braucht er deutliche Worte. Christoph Küntzel stört die «Aggressivität» der Gegner. Es gehe nicht um Leben und Tod, sondern um eine vermutlich einmalige Entwicklungschance für die Gemeinde. «Dies kommt mir beim Referendumskomitee zu wenig zum Ausdruck», erklärt Küntzel. Zum aufgeheizten Abstimmungskampf meint Gemeindepräsidentin Catherine Müller trocken: «Wenn Herr Keigel dabei ist, wird es immer sehr vital, denn gegen Veränderungen kämpft es sich prinzipiell leichter als dafür.»

Dass das Pro-Komitee dieselben Standpunkte vertritt wie der Gemeinderat, liege in der Natur der Sache, sagt Müller. Sie verneint die Frage, ob es von der Exekutive gelenkt werde. Auch fliesse kein Geld von der Gemeinde in den Abstimmungskampf. «Das käme uns nie in den Sinn», betont sie.

Über 700 Unterschriften «sehr eindrücklich»

Während die Ortsparteien der SP und SVP die Ja-Parole zum Neubau der Schulanlage Schönthal herausgegeben haben, hat die FDP Stimmfreigabe beschlossen. Pikant: Sowohl Keigel als auch die Gemeindepräsidentin sind Mitglieder der FDP Füllinsdorf, Müller ist zudem Co-Präsidentin.

Wie die Abstimmung ausgehen mag, dazu wagen sich die Kontrahenten nicht auf die Äste hinaus. «Wir spüren grosse Unterstützung», sagt Christoph Keigel. Christoph Küntzel attestiert, dass das Sammelergebnis des Referendumskomitees mit über 700 Unterschriften «sehr eindrücklich» ist.

Sollte das Referendum an der Urne erfolgreich sein, ist für die Gemeindepräsidentin klar: «Dann müssen wir wieder neu über die Bücher. So rasch werden wir den Platz- und Sanierungsmassnahmen nicht beheben können.»

Darum geht es beim Urnengang

Fakten und Zahlen Im Schönthal in Füllinsdorf soll eine neue Schulanlage für 21,5 Millionen Franken realisiert werden. Geplant sind Räume für drei Kindergärten, die 1. und 2. Primarschulklassen inklusive Einführungs-klassen samt Nebenräumen, die Schulbibliothek sowie eine Doppeltturnhalle und Aula. Im Untergeschoss befinden sich Garderoben, Duschen, WC-Anlagen, Nebenräume und Archive. Der Neubau beinhaltet zudem eine Aussensportanlage für den Schul- und Vereinssport.

Den Kredit hatte die Gemeindeversammlung im September



Abstimmungskampf: «Mogelpackung» oder «Schule mit Zukunft»? Bild: Juri Junkov (15.2.21)

2020 mit 81 gegen 42 Stimmen bei 9 Enthaltungen bewilligt. Dagegen kam das Referendum mit 717 gültigen Unterschriften zustande; nötig gewesen wären deren 279. Nun wird am 7. März an der Urne abgestimmt. Gleich nach der Fertigstellung des Neubaus sollen in einer zweiten Phase die bestehenden Gebäude für sechs Millionen Franken saniert und erweitert werden. Damit wird die Schule auf den einen Standort Schönthal konzentriert; das Areal, auf dem das Schulhaus Dorf steht, wird frei und soll der Gemeinde Entwicklungsmöglichkeiten bieten. (stz)

Höhere Steuern, gleichzeitig radikale Budgetkürzungen

Zullwil Im Dezember hatte die Zullwiler Gemeindeversammlung das Budget abgelehnt. Das Defizit von fast einer halben Million Franken wollten die Stimmberechtigten nicht hinnehmen, ebenso wenig eine Steuererhöhung von 128 auf 139 Prozent.

An der ausserordentlichen Versammlung konnte der Gemeinderat jetzt die gleiche Steuererhöhung doch noch durchsetzen, wenn auch nur knapp, mit 19 zu 17 Stimmen. Das Minus fürs 2021 hatte er auf 365 000 Franken gesenkt, und zwar mit radikalen Massnah-

men. «Wir haben Kürzungen vorgenommen, auch solche, die wehtun», sagte Finanzberaterin Monika Probst. Darum gibt es dieses Jahr kein Geld mehr für den Banntag, für die Jungbürgerfeier, für die Bundesfeier, für die Seniorenausflüge, für Basel-land Tourismus Schwarzbubenland und das Forum Schwarzbubenland. Und die Zullwiler Vereine erhalten keinen Rappen.

Trotzdem bleibt ein strukturelles Defizit für die kommenden Jahre absehbar. Eine Task Force erarbeitet jetzt Sanierungsvorschläge. (bz)

Corona kein Grund für Unterhalts-Kürzung

Beizer muss trotz Krise vollen Unterhalt für seine Tochter zahlen, urteilt das Kantonsgericht.

Es dürfte sich in der Region um einen der ersten Gerichtsfälle handeln, die sich mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise befassen: Der Inhaber eines Restaurants, der seit Sommer 2019 von seiner Frau getrennt lebt, forderte im vergangenen Mai beim Zivilkreisgericht Baselland West eine Reduktion der monatlichen Unterhaltszahlung von 1130 auf 266 Franken zu Gunsten der Tochter. Dies, weil die Gastrobranche besonders von den Folgen des Coronavirus betroffen sei. Die zu-

nächst beantragte Unterstellung der Tochter unter seine Obhut wegen des geplanten Umzugs der Frau nach Deutschland zog der Mann auf der Verhandlung im Juli zurück. Die Frau gab an jenem Termin bekannt, sie habe den Wohnsitz wieder in der Region, die Tochter in einer nahen Kita angemeldet und sie sei ab September wieder berufstätig.

Das Zivilkreisgericht entschied sich in der Folge für eine Reduktion des Unterhaltsbeitrags auf monatlich 447 Franken für die Monate Juni bis Oktober

2020. Dagegen erhob die Frau Beschwerde. Diese ist nun in zweiter Instanz vom Kantonsgericht gutgeheissen worden. Dem Ehemann sei es zumutbar, für die Zeit von Juni bis Oktober 2020 weiterhin den 2019 angeordneten Betrag von 1130 Franken zu bezahlen, urteilt das Gericht. Einnahmefälle durch Corona könnten kompensiert werden: durch die Kurzarbeitsentschädigung von 3320 Franken pro Monat, die der Mann erhalten hat, die vom Kanton ge-sprochene Soforthilfe von 7500

Franken und den Ausbau des Take-away-Angebots. Auch könne der Beizer den Vermieter um eine Mietzinsreduktion bitten.

Ob der Mann von allen Abfederungsmassnahmen profitieren konnte, sei nicht bekannt, hier aber auch nicht relevant, heisst es im schriftlichen Urteil. In wirtschaftlich engen Verhältnissen würden an die Ausnützung der Erwerbskraft des unterhaltspflichtigen Elternteils hohe Anforderungen gestellt. Alle möglichen Kompensationszahlungen sind anzurechnen. (haj)